

ten staatsorganisatorischen Formen — zu schaffen, die eine wirksame Einbeziehung der Werktätigen in die staatliche Leitung ermöglichen und fördern.

Breiten Raum nahmen in der gesamten Diskussion des Arbeitskreises diejenigen Fragen ein, die mit der Erhöhung der Autorität und Aktivität der Volksvertretungen aller Ebenen verbunden sind. So berichtete z. B. der Oberbürgermeister von Halle, Pflüger, darüber, in welchen konkreten Formen die Abgeordneten auf die Forcierung des Wohnungsbaus und die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf diesem Gebiet Einfluß nehmen.

Überhaupt spielte in der Diskussion die Problematik, wie die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu verbinden sind, eine hervorragende Rolle. Dr. Helmut Meißner, Institut für Theorie des Staates und des Rechts an der Akademie der Wissenschaften der DDR, begründete, daß die sozialistische Demokratie in ihrem System, ihren Formen und Methoden die Erfordernisse, die direkten oder vermittelten sozialen Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution berücksichtigen muß und daß diese in vieler Hinsicht die Struktur und das Funktionieren der staatlichen Leitung und die Form der praktischen Teilnahme der Werktätigen daran modifizieren.

Der Arbeitskreis diskutierte unter vielfältigen Gesichtspunkten die Grundthese, daß „Demokratie ein leeres Wort“ ist, „wenn sie nicht das Milieu erfäßt, in dem der Mensch täglich arbeitet und seine schöpferischen Kräfte einsetzt“.^{1/5} Die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie im Arbeitsprozeß wurde als eine wichtige Frage der Entwicklung der Arbeiterklasse als machtausübende Klasse erörtert. Dabei wurde der Einheit von Betriebskollektivvertrag, Plan, Gegenplan und Wettbewerb großes Gewicht beigemessen.

Mit den Aufgaben des sozialistischen Staates als Element der sozialistischen Staatengemeinschaft beschäftigte sich Dr. Herbert Graf, Berlin. Er bezeichnete es als eine ständige Aufgabe, die weitere Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse unter den Bedingungen der sich vertiefenden sozialistischen ökonomischen Integration zu beobachten und die Wirkungen, die hiervon auf die Entwicklung des sozialistischen Staates, des Rechts und der sozialistischen Demokratie ausgehen, sorgfältig zu analysieren.

Im Abschlußbericht des Arbeitskreises hob Prof. Dr. Schöneburg vor dem Plenum der Konferenz hervor, daß der zunehmende Gleichklang der Staats- und Rechtsentwicklung in den sozialistischen Bruderstaaten deutlicher denn je zeigt, daß die marxistisch-leninistische Theorie des Staates und des Rechts eine Errungenschaft der internationalen Arbeiterklasse ist und daß ihr jede nationale Abkapselung fremd ist.

Arbeitskreis II: Sozialistische Demokratie und staatliche Leitung

Die Diskussion unter Leitung von Prof. Dr. Michael Benjamin, Direktor der Sektion II der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, war zu einem wesentlichen Teil der weiteren Erhöhung der Rolle der Volksvertretungen und der verstärkten Ausprägung ihres Charakters als arbeitende Körperschaften im Leninschen Sinne gewidmet.

Ausgehend von den Erfahrungen der Staatsorgane, wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, eine enge Verbindung zwischen den Betriebskollektiven und der Tätigkeit der Abgeordneten herzustellen, Wirksamkeit und Autorität der Abgeordneten im Betrieb und im Wohn-

gebiet zu erhöhen und die Betriebskollektive in die Arbeit der Volksvertretungen im Territorium stärker einzubeziehen. In diesem Zusammenhang wurden von Diskussionsrednern Erfahrungen vermittelt, die bei der territorialen Rationalisierung in Bezirken, Kreisen und Städten gesammelt werden konnten.

Das Mitglied des Staatsrates Brunhilde Hanke, Oberbürgermeister von Potsdam, forderte, Schritt für Schritt eine komplexe Planung zu entwickeln, die die sozialpolitischen und geistig-kulturellen Prozesse ebenso wie die wirtschaftlichen Aufgaben erfäßt und eine exaktere Bilanzierung der Pläne gewährleistet. Die Qualität und Stabilität der Pläne bilde eine entscheidende Grundlage für die weitere Entwicklung und Festigung der sozialistischen Demokratie, verhindere das „Hineinregieren“ übergeordneter Organe in nachgeordnete und stärke die politische Rolle und Autorität der gewählten staatlichen Machtorgane. Da sich die territoriale Rationalisierung gegenwärtig noch oft an den territorialen Grenzen stoße, seien neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Räten benachbarter Territorien erforderlich.

Dr. Oswald Unger, Institut für Theorie des Staates und des Rechts an der Akademie der Wissenschaften der DDR, berichtete, daß die größte Wirksamkeit der Arbeitskollektive dort erzielt wurde, wo die territorialen und betrieblichen Leitungen den Arbeitskollektiven konkrete Aufgaben übertragen und zugleich erreichen, daß die Kollektive die Lösung dieser Aufgaben als ihre ureigene Angelegenheit ansehen. Solche Aufgaben, die vor allem auch die territoriale Entwicklung betreffen, könnten zum Bestandteil des BKV bzw. des Kampfes um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ gemacht werden.

Zum Verantwortungsbereich der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte für die Sicherung der sozialistischen Gesetzlichkeit äußerte sich Prof. Dr. Gerold Tietz, Sektion Staats- und Rechtswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er legte dar, daß die Bestimmung des Inhalts und des Umfangs der Verantwortung der örtlichen Volksvertretungen kein leeres Kompetenzproblem, sondern eine wichtige Voraussetzung für die Festigung der sozialistischen Rechtsordnung ist. Unter diesem Gesichtspunkt sei die individuelle staats- und verwaltungsrechtliche Verantwortlichkeit weiter auszugestalten und seien weitere Voraussetzungen zur Gewährleistung von Gesetzlichkeit, Sicherheit und Ordnung im Territorium zu schaffen.

Die Diskussion ergab, daß die Verwirklichung der sozialistischen Demokratie ein Grundzug der Arbeit des Staatsapparats ist. Im Abschlußbericht des Arbeitskreises wurde hervorgehoben, daß die Kollektivität der Arbeit der Ratsmitglieder, die Einbeziehung der Werktätigen in die Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle von Beschlüssen, die stärkere Konzentration der Räte auf die Grundprobleme der Entwicklung des Territoriums und auch die Anwendung moderner Methoden der Information und der Entscheidungsvorbereitung wichtige Reserven sind, um die Effektivität der staatlichen Leitung und Planung zu erhöhen.

Arbeitskreis DI: Staat, Recht, Demokratie und Wirtschaft

In der Diskussion dieses Arbeitskreises unter Leitung von Prof. Dr. Gerhard Pflicke, Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“, Berlin, ging es um die Vertiefung der sozialistischen Demokratie bei der Leitung und Planung der Volkswirtschaft, in der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe, Kombinate, LPGs und kooperativen Einrichtungen. Im Hinblick auf die große Bedeutung, die die Planung als Herzstück der Leitung hat, wurden in erster Linie Fragen der rechtlichen Regelung der Planung erörtert. So hob G. Röse, Staat-

^{1/5} L. I. Bresihnew, a. a. O., S. 20.